

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 12 / 42. Jg.

22. März 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Expedition
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene unparafizierte oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

Um das kollektive Arbeitsrecht geht es!

Die gegenwärtig so heiß umstrittene Frage des staatlichen Schlichtungswesens bildete den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung zwischen dem Syndikus der deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Braüweiler und Prof. Dr. Sinzheimer, Frankfurt a. M. Bei dieser Veranstaltung, die im Rahmen der Deutschen Hochschule für Politik stattfand, brachte Prof. Sinzheimer in seinem glänzend angelegten Referat so bedeutsame und neue Gedanken zum staatlichen Schlichtungswesen, daß es angebracht erscheint, die wesentlichen Gesichtspunkte seines Vortrages auch hier herauszuheben.

Daß es bei dem Kampf der Unternehmer gegen das staatliche Schlichtungswesen um mehr geht als um die Frage der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, dürfte von Anfang an in allen Entgegnungen der Arbeiterpresse deutlich zum Ausdruck gebracht sein. Wer einmal die Entwicklung verfolgt, die in der letzten Zeit unsere Arbeitsrechtspraxis nahm, der weiß, daß der Kampf der Unternehmer sich in Wirklichkeit gegen das kollektive Arbeitsrecht selbst wendet. Gelingt es der Arbeiterschaft nicht, den Stoß aufzufangen und abzulenken, so ist nicht nur das Schlichtungswesen in Frage gestellt, sondern unser modernes Arbeitsrecht selbst, dessen Grundlagen im Kollektivismus liegen. Wird die staatliche Schlichtung, die auch gegen den Willen eines einzelnen die Parteien im Zwangstarif zusammenzubringen vermag, beseitigt, dann ist künftig das Zustandekommen von Tarifverträgen wieder wie in der Vorkriegszeit vom Willen der Arbeitgeber abhängig gemacht. Dann werden wir zwar in kleineren Berufszweigen, wo weniger starke und kapitalkräftige Arbeitgeberverbände geschlossenen Arbeiterorganisationen gegenüberstehen, den Tarifvertrag erzwingen, aber den Konzernherren von der Kohle und vom Eisen in Rheinland-Westfalen wird noch immer als Idealzustand die Vorkriegspraxis vor Augen stehen, als der Unternehmer sich mit keinem Gewerkschaftssekretär an den Verhandlungstisch setzte und „seinen“ Arbeitern die Arbeitsverhältnisse vorschrieb. Der Vorstoß gegen das Schlichtungsverfahren ist in der Tat -- wie Sinzheimer so glänzend ausführte -- der Vorstoß für den individuellen Arbeitsvertrag, ist nicht ein Kampf auf einem Teilgebiet, sondern zielt in das Zentrum des kollektiven Arbeitsrechts.

In den Begründungen, die die Unternehmer ihrem Vorstoß folgen ließen, spielte der Hinweis eine große Rolle, daß die staatliche Zwangsschlichtung eine Diktatur des Staates über die Wirtschaft bedeute, die je länger desto mehr unerträglich würde. Liberale Grundsätze von der Notwendigkeit der Wirtschaftsfreiheit werden, frisch auflackiert, aus dem alten Phrasenschatz wieder hervorgeholt, und man vergißt ganz, daß in einer Zeit der Kartelle, Konzerne und Trusts es wenig ansteht, sich als den Kämpfer für die freie Wirtschaft aufzuspielen. Aber Logik ist meist die schwache Seite der Unternehmerpolitik,

und wo klingende Formulierungen locken, stellt man sie gern im Vertrauen auf die Leichtgläubigkeit der großen Massen beiseite. Wie steht es aber denn eigentlich um die Diktatur? Die Arbeiterschaft wird sich nicht täuschen lassen, denn allzu lange hat sie es am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was Freiheit des Arbeitsmarktes in der Wirklichkeit bedeutet: nämlich die Diktatur des Arbeitgebers. So sieht in der Wirklichkeit das Antlitz derjenigen aus, die heute für Freiheit in der Wirtschaft zu kämpfen vorgeben, die längst im Monopolkapitalismus für den Warenmarkt durch die Monopolorganisationen beseitigt ist und die nunmehr durch den Kampf gegen den staatlichen Eingriff auch auf dem Arbeitsmarkt in die schrankenlose Diktatur der Unternehmer umgebogen werden soll, da man die staatlichen Beschränkungen in der Ausbeutung der Arbeitskraft, den Arbeitsschutz und die ganze staatliche Sozialpolitik, als lästig und hemmend empfindet.

Auch der Einwand, daß der staatliche Eingriff die Selbstverwaltung in der Wirtschaft bedrohe, indem über die Köpfe der Beteiligten hinweg der Staat seinen Machtanspruch fälle, ist nicht zutreffend. Ihrem Wesen nach hat die Selbstverwaltung ihre Wurzel und ihren Rückhalt im Staat, ohne dessen Existenz Selbstverwaltung einfach nicht denkbar ist. Auch im Arbeitsrecht ist Selbstverwaltung nur in Verbindung mit der staatlichen Autorität möglich, eine Grundtatsache, die für jede Selbstverwaltung schlechthin Gültigkeit besitzt. Auch in der Selbstverwaltung unserer Gemeinden und Provinzen, deren Wesen in der Übertragung staatlicher Befugnisse auf öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper besteht, kennen wir den staatlichen Eingriff, bleibt Raum für die Staatsautorität, die dort eingreift, wo Staatsnotwendigkeiten es erfordern. Können sich beispielsweise die Selbstverwaltungskörper schaften über den Etat nicht einig werden und wird dadurch die Erfüllung notwendiger Aufgaben verhindert, so greift der Staat ein und setzt durch seinen Beschluß den Etat fest. Dieses selbe Interesse hat der Staat als Wahrer des Gesamtinteresses am Zustandekommen von Tarifverträgen einmal, um die Arbeitskämpfe möglichst zu vermeiden, dann weil eine Reihe staatlicher Gesetze (Arbeitszeitgesetz usw.) das Vorhandensein von Tarifverträgen voraussetzen und schließlich weil der Staat in der Lage sein muß, solche Gruppen sozial zu heben, die von sich aus allein dazu nicht imstande sind. Der Monopolkapitalismus mit seinen gewaltigen Zusammenballungen hat die Wirtschaft längst ihres privaten Charakters entkleidet und sie zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht, die dem Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gibt, da einzugreifen, wo das Sonderinteresse das volkswirtschaftliche Interesse zu überwiegen droht.

Der dritte Einwand, den die Unternehmer gegen die staatliche Zwangsschlichtung ins

Feld führen, geht von der Verantwortlichkeit der Beteiligten aus, die von der Praxis des staatlichen Schlichtungsverfahrens mehr und mehr untergraben werde, indem die Parteien jetzt nicht mehr mit ihrem eigenen Leib für ihre Forderungen einzustehen hätten, sondern dem Staat die Verantwortung überließen. Man prägt das Wort vom „risikolosen Gewerkschaftssekretär“, der unwahrscheinlich hohe Lohnforderungen stelle und so die Verhandlungen der Tarifparteien selbst mehr und mehr zur bloßen Farce und Belanglosigkeit mache. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Behauptung wenig berücksichtigt, daß gerade unser deutsches Schlichtungsverfahren alle Möglichkeiten der Verständigung ausschöpft, bevor es zum Zwangsspruch des Staates kommt, klingt die Sorge um die Verantwortung der Arbeitnehmer an der Wirtschaft etwas merkwürdig im Munde derjenigen, die bisher es immer ablehnten, den Arbeiter durch Beteiligung und Überlassung von Mitbestimmungsrechten Verantwortungen tragen zu lassen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß gerade die Gewerkschaften es gewesen sind, die immer gefordert haben, daß der staatliche Zwangsspruch nur die äußerste Maßnahme sein dürfe, nachdem alle Möglichkeiten der Verständigung erschöpft seien. Aber auch unter einem anderen und höheren Gesichtspunkt ist der Hinweis, der staatliche Eingriff gefährde die Verantwortlichkeit, unzulänglich und ohne Beweiskraft. Die ganze Rechtsgeschichte ist die Lehre davon, daß private Verantwortlichkeiten mehr und mehr aufgehoben und dem Staate übertragen werden. Das gilt für das Strafrecht, und das gilt für das private Recht, denn immer bedeutet die staatliche Regelung, daß Verantwortlichkeiten, die einst von einem einzelnen oder einer einzelnen Gruppe getragen wurden, nunmehr vom Staate übernommen werden. Alte Verantwortlichkeiten verschwinden, aber es entstehen zugleich neue. Die Entwicklung zum Rechtsstaat ließ zugleich den Staatsbürger entstehen mit der neuen Verantwortung um den Staat, auf den er Einfluß zu gewinnen und dessen Geschicke er in wachsendem Maße mitzugestalten sucht. Diese neue Verantwortlichkeit in der Wirtschaft ist aber die Wirtschaftsdemokratie und die Verantwortung wird in dem Maße sich verwirklichen, als auch der Arbeiter an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. Wäre es den Unternehmern ernst mit ihrer Sorge um Verantwortlichkeit aller Wirtschaftsbeteiligten, so hätten sie hier die beste Gelegenheit, durch praktische Tat diese Sorge zu bannen. Nicht die Aufhebung der staatlichen Schlichtung und der Kampf gegen kollektives Arbeitsrecht schafft die geforderte Verantwortlichkeit, sondern allein die Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaft, an ihrer Leitung und ihren Ergebnissen. Das aber ist zugleich der Weg, der in die Zukunft weist und die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung vorbereitet.

Wir leiden am Vorrat.

Täglich und stündlich vollführen die Räder unserer industriellen Wirtschaft milliardenfache Umdrehungen, und täglich und stündlich sind Millionen von Arbeitskräften tätig, um die Güter herzustellen, die ein 60-Millionenvolk zu seiner Lebenshaltung braucht. Nach seiner Fertigstellung tritt dann das Arbeitsgut, die zum Gebrauch fertige Ware, den Weg nach jenen Stellen an, für die sie geschaffen wurde. Dieser ist oft recht lang und verschlungen. Erst umschließt das Produkt der Lagerraum der Fabrik, der es entstammt, dann der Waggon oder Kraftwagen, um es dem großen Konsumtionsgebiet näherzubringen. Dort wieder nimmt es der Lagerschuppen des Großhändlers auf, um es der letzten Verteilungsstelle, dem Warenhaus oder dem Kleinhandelsgeschäft zuzuleiten. Hier nun wartet es auf den Kunden.

Das ist der Weg, technisch gesehen. Über ihm gleichsam schwebt das Finanzgeschäft, und hier beginnt das volkswirtschaftliche Problem. Ist ein Betrieb gezwungen, große Vorräte zu halten, so bedeutet das für ihn eine Minderung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit. Kohle, längere Zeit auf Halden gestürzt, verliert an Heizkraft und damit an Wert; Stoffe auf Lager können unter Umständen ihren ganzen Wert einbüßen, wenn Modeveränderungen einen Absatz unmöglich machen. Aber noch mehr. Die Lagerverräte sind für den Industriellen oder Kaufmann festgelegtes Geld, mit dem er nicht mehr laufend arbeiten kann, und überdies frißt es Zinsen. So sind unnatürlich hohe Lagerbestände in mehrfacher Beziehung ein Übelstand, ja, dieser kann sogar soweit gedeihen, daß davon Krisen von gewaltigem Ausmaße ihren Ausgang nehmen. Sind größere Warenvorräte vorhanden, die das Betriebskapital festlegen, außerdem laufend Beträge zur Verzinsung und, wenn es sich um Kredite handelt, auch zur Amortisation erfordern, so ist dieser Zustand, wenn entsprechender Absatz ausbleibt, meist die Ursache zu Konkursen, ja zu ganzen Konkurswellen. In deren Verlauf werden dann Arbeitskräfte frei. Das Einkommen vermindert sich dadurch, die Gesamtkaufkraft sinkt und damit auch der Absatz, so daß der Krisenweg fast automatisch zurückgelegt wird.

Noch ein anderer volkswirtschaftlicher Übelstand haftet einer allzu starken Lagerhaltung an — hohe Zinssätze. Die Nachfrage nach Geld ist groß, das Angebot wird künstlich verkleinert, weil die Gelder in Waren gewissermaßen festgefroren sind, und so steigt der Preis des Geldes. Man hat neuerdings in der wirtschaftspolitischen Diskussion die „hohen Löhne“ für die hohen Zinssätze verantwortlich gemacht. Dies ist ein sehr bequemes Spiel und in der kapitalistischen Presse schon zur Gewohnheit geworden. Man sieht andere Ursachen überhaupt nicht mehr. Irrer gibt es sehr viele, wenn man sie nur sehen wollte. Eine, und zwar eine sehr wichtige, ist die hohe Lagerhaltung, die den deutschen Industrie- und Handelsunternehmen aufgezungen wird. Das Institut für Konjunkturforschung hat über die Vorräte, die in den letzten Jahren die deutschen Aktiengesellschaften von über 1 Million Reichsmark Aktienkapital in ihren Bilanzen veröffentlichten, genaueres Zahlenmaterial bekanntgegeben. Danach betragen die Lagerbestände dieser Unternehmungen

Anfang 1924	3,06 Milliarden RM.
Ende 1924	3,90 „ „
„ 1925	4,43 „ „
„ 1926	3,98 „ „
„ 1927	4,55 „ „

Hierbei handelt es sich, wie noch einmal bemerkt sein mag, nur um die A.-G. mit über 1 Million Mark Aktienkapital. Darüber genaues statistisches Material zu beschaffen, welche Warenmengen die übrigen Unternehmungen wertmäßig auf Vorrat halten, ist nicht möglich, aber das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht hierüber eine Schätzung, die der Wahrscheinlichkeit sehr nahekommen scheint. Danach betragen die Warenvorräte

Wirtschaftsgruppe	Milliard.RM.
A.-G. mit über 1 Mill. Mk. Akt.-Kapital	4,5
übrige gewerbliche Betriebe	3,5 bis 5,5
Einzelhandel	6,1
Großhandel	3,0 bis 4,0
Zusammen:	17,1 bis 20,1

Wir müssen diese Riesenziffern wieder in Waren zurückverwandeln, wenn wir eine Vorstellung von ihrer Größe gewinnen wollen. In den gewerblichen Betrieben, die also die Waren erzeugen, liegen soviel auf Vorrat (8–10 Milliarden), wie die deutsche Industrie in 4–5 Monaten erzeugt. Im ganzen liegt also eine Produktion von $\frac{1}{4}$ Jahren stets gebrauchsfertig und des Abnehmers harrend da. „Wenn es nun gelänge, die industrielle Vorratshaltung auch nur um 10 Proz. zu vermindern, so würden demnach Milliardenbeträge an Kapital frei.“ Dieser Satz, vom Institut für Konjunkturforschung geprägt, sollte all denen, die nichts weiter wissen, als die „hohen Löhne“ für den hohen Zinsfuß und eine angeblich zu geringe Kapitalbildung verantwortlich zu machen, doch zu denken geben.

Nun heißt es nach Mitteln und Wegen zu suchen, eine allzuhohe, wirtschaftsschädigende Lagerhaltung zu vermeiden oder zu vermindern. Hier muß davon ausgegangen werden, daß eine gewisse Lagerreserve, wenn im wirtschaftlichen Kreislauf keine Stockungen entstehen sollen, etwas notwendiges ist. Der Verbraucher will die Ware vorrätig finden, so daß bei steter Verminderung durch immerwährenden Verzehr der Weg von der Produktionsstätte bis zum Verkaufsgeschäft, wenn man so sagen darf, voll Waren stehen muß. Man nennt diese Mengen in der Konjunkturlehre die Bewegungsbestände. Sie sind dem Wasser vergleichbar, das in den Leitungen steht, das immerwährend vorhanden sein und immerwährend ergänzt werden muß, wenn in jedem Haushalt der Kran die lebensnotwendige Flüssigkeit spenden soll. Außerdem ist eine gewisse Reserve über dem Bewegungsbestand erforderlich.

Also, wie gesagt, es dreht sich hier nicht um die Frage, ob Lagerreserven notwendig sind oder nicht, sondern nur um ihre Höhe. Diese ist im wesentlichen mitbestimmt durch das Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft, wo das Gesetz von Angebot und Nachfrage als der fast alleinige Regulator fungiert. Mit immer mehr sich steigender Planmäßigkeit, auch in privatwirtschaftlichen Formen, wächst die Übersicht über die vorhandenen Reserven und damit die Erkenntnis der Möglichkeiten, sie auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Den Prozeß der Durchorganisierung der Wirtschaft zu fördern und das Arbeitnehmerelement dabei einzuschalten, ist deshalb eine gewerkschaftliche Forderung, die auch hier wieder ihre Berechtigung erweist. Weiter heißt es die Bewegungsbestände (nach dem oben angeführten Vergleich, das Wasser in den Röhren) zu vermindern, ohne daß dabei der Konsum stockt. Dazu ist einmal notwendig, die Zahl jener Stellen, die Warenvorräte halten müssen, zu vermindern oder durch weniger und leistungsfähigere zu ersetzen. Unser Handel ist übersetzt, und das ist, weil dieser Zustand zu einer nicht mehr zu rechtfertigenden hohen Lagerhaltung zwingt, ein volkswirtschaftliches Übel. Es zu beseitigen ist notwendig und möglich durch kreditpolitische Maßnahmen und Kontrolle der Kartellfähigkeit gerade auf jenen Gebieten. Auch eine Rationalisierung des Verkehrs wirkt in der Richtung der Verminderung der Lagerreserven. Technisch, indem schnelle Transportmöglichkeiten sie vermindern, wirtschaftsorganisatorisch durch Ausschaltung von Zwischenwegen und Zwischenlagern. In der Richtung der Ausschaltung entbehrlicher Zwischenstellen wirkt jedes vertikal aufgebaute Konzerngebilde, da dort die Abstimmung der Produktion auf den Verbrauch viel eher möglich ist, als bei mehreren Unternehmungen ohne besitzmäßige Bindung zueinander. Eine weitere Verminderung der volkswirtschaftlichen Lagerverräte ergibt sich durch fortschreitende Typisierung. In dem Maße, wie die bei jedem Käufer verschiedene Geschmacksrichtung festen Normen weicht, fällt auch die vom Verbrauch diktierte Notwendigkeit, Waren so vielgestaltiger Form und Farbe auf Lager halten zu müssen, wie es jetzt noch vielfach der Fall ist. Hier haben uns die letzten Jahre erhebliche Fortschritte gebracht.

Das alles zeigt, daß Sparmöglichkeiten von gewaltigen Ausmaßen noch bestehen und jährlich Milliardenwerte für den Konsum freigemacht werden können. Auf diesem Felde zu wirken, sollte der Ehrgeiz eines jeden Wirtschaftspolitikers an verantwortlicher Stelle sein. Freilich erfordert das mehr Kenntnis und Energie als monoton einen Lohnabbau gesungen herunterzuheulen. Das heißt nur gerade das Pferd am Schwanz aufzäumen. Die ungewöhnlich hohen Lagerreserven, deren privat- und volkswirtschaftliche Übel oben aufgezeigt worden sind, erfahren durch Lohnabbau keine Verminderung. Das können nur kaufkräftige Löhne, die auch aus diesem Grunde zu fordern und durchzusetzen ein wirtschaftliches Gebot ist, das die Gewerkschaften zu erfüllen haben.

Gemischte Gefühle.

Die große Warenschau der Leipziger Messe soll dazu dienen, der Warenerzeugung Aufträge des In- und Auslandes zu bringen, um so der Wirtschaft immer wieder neuen Auftrieb zu geben. Sie soll! — ob ihr das gelingt, bleibt stets eine offene Frage. So groß auch die Zahl der Aussteller und Besucher sein mag, beides läßt keinen Schluß auf das Resultat zu.

Die diesjährige Frühjahrmesse gehört nach Zahl der Aussteller und Besucher nicht zu den sogenannten Rekordmessen und sie ist nach der geschäftlichen Seite für den größten Teil der Industrien und Gewerbe als wenig günstig zu bezeichnen. So lauten die Urteile, trotz der offiziellen Berichte des Meßamtes, das sich bemühte, nach bekanntem Schema die Öffentlichkeit anders zu unterrichten.

Die wesentlichsten Ursachen des schlechten Geschäftes sind die sehr straff angezogenen Preise und die Unsicherheit, erzeugt durch die Wirtschaftskrise. Schon früher habe ich in der „Gr. Pr.“ darauf aufmerksam gemacht, daß ehemals in Zeiten niedergehender Konjunktur die Preise

mit zurückgingen, wodurch die gestörte Kaufkraft einen Ausgleich bekam, die Kaufkraft gestiegen wurde und so das Geschäft wieder zum Aufstieg brachte. Jedoch heute, unter der Herrschaft der Kartelle und Syndikate mit ihren Preisdiktaten fehlt dieser ausgleichende Faktor, wodurch der Krisenzustand verschärft wird. Ganz bestimmt war der Verlauf der Messe auch von den Reparationsverhandlungen beeinflusst.

Zu den Ausnahmen, auf die das Prädikat „wenig günstig“ nicht zutrifft, zählt unser Gewerbe. Zwar lauten die Urteile verschieden, je nachdem der einzelne gerade seine Geschäfte gemacht hat bis zu „gute Mittelmesse“, doch hört ich als zusammenfassendes Urteil aus berufenem Munde „knappe Mittelmesse“, woran das Ausland stark beteiligt ist, während das Inlandsgeschäft als schlecht anzusehen ist. Die starke Beteiligung des Auslandes ist eine erfreuliche Erscheinung und ein Beweis von der Leistungsfähigkeit des Gewerbes. Der Inlandsmarkt wird mit dem Steigen der allgemeinen Konjunktur, besonders in Pakungsmitteln, von selbst anziehen. Lassen wir die Urteile gelten, so ist bei uns wenigstens keine Verschlechterung des ohnehin schon trüb aussehenden Arbeitsmarktes zu erwarten.

Zum ersten Male waren in diesem Jahre Offsetmaschinen in größerem Umfang ausgestellt, wofür im Buchgewerbehaus ein besonderer Raum zur Verfügung stand. Bisher blieben auf Grund von Vereinbarungen die Maschinenfabriken fern, doch wurde bereits im vorigen Jahre von Faber & Schleicher die schnelllaufende Zweifarbenmaschine „Roland“ im Betrieb gezeigt, wodurch die anderen zur Ausstellung gezwungen wurden, wenn sie nicht dem Konkurrenten das Feld allein überlassen wollten. „Roland“ lief im Durchschnitt auf 4500 Druck stündlich und ebenso eine von Rockstroh ausgestellte Zweifarbenmaschine. Ein Unternehmer, dessen Wort in seinen Kreisen etwas gilt, äußerte im Gespräch darüber „verrückt“. Warum verrückt, wird jeder sagen, denn es ist bekannt wie erpicht die Unternehmer auf ständig steigende Leistungen sind und wie die Klagen über „ungenügende“ nicht abbrechen wollen. Dieser Widerspruch ist leicht begreiflich. Die Forderung nach höheren Leistungen richtet sich an die Arbeiter, die intensiver arbeiten, mehr produzieren sollen ohne Mehrkosten zu verursachen. Die Anschaffung neuer Maschinen kostet Geld, viel Geld. Die Betriebe haben erst in den letzten Jahren den Maschinenpark vom Flachdruck auf den Offsetdruck umgestellt, sie haben sich erst die Möglichkeit geschaffen den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wieder aufzunehmen und jetzt kommen Maschinen, die alle Berechnungen über den Haufen werfen. Fängt einer an, sich darauf einzurichten, müssen die anderen folgen, sofern sie die gleichen Artikel produzieren wollen, sonst werden sie an die Wand gequetscht, daß sie piepsen. Es ist derselbe Vorgang, wie bei der Umstellung der letzten Jahre; wer nicht mitging, ging unter oder steht heute am Rande.

Wir haben es hier mit einem ganz offenen Widerspruch der privaten Wirtschaft zu tun. In diesem Wörtchen „verrückt“ kommt die Angst vor zu rascher Entwertung der Betriebe zum Ausdruck. Wir haben früher erlebt und erleben es heute noch, daß Erfindungen von Interessenten aufgekauft wurden, ohne sie auszunutzen, nur um die eigenen Anlagen vor der Entwertung zu schützen oder um die eigenen Produkte noch an den Mann zu bringen. Ein solches Schicksal erlitt z. B. vor dem Kriege die Erfindung eines Münchener Schiefers, der durch Aneinanderkitten von kleinen Steinen große Druckplatten herstellte. Die Solnhofener Steinbruchsbesitzer bemühten sich um das Patent, und als dies nicht gelang, sabotierten sie die Steinlieferungen indem sie entweder gar nicht oder ungleiches und damit unbrauchbares Material lieferten. So setzten sie am Ende doch ihren Willen durch, sie kamen in Besitz des Patentes und nie mehr hat man davon etwas gehört.

Die Erscheinungen auf unserm Maschinenmarkt — die mit der gesamten Entwicklung der Technik parallel laufen — führen uns direkt auf eine der Hauptquellen der Krisen der kapitalistischen Produktion. Es ist der Mangel an planmäßiger Wirtschaft, es ist die Disproportion der Herstellung an Produktionsmitteln und der Herstellung an Konsumtionsmitteln. Diese beiden Gruppen der Wirtschaft geraten ständig in ein Mißverhältnis zueinander, so daß entweder zu viel Produktionsmittel oder zu viel Konsumtionsmittel hergestellt werden, was in beiden Fällen immer wieder zur Einschränkung und zum Stillstand von Betrieben und damit zur Arbeitslosigkeit führt. Wer in stiller Betrachtung durch die Werkzeugmaschinenhalle der technischen Messe ging und die wundervolle Präzision sowie das ungläubliche Tempo der einzelnen Maschinen sah, damit die Betrachtung verband, daß sie dazu beitragen in ständigem Kreislauf Arbeitskräfte freizusetzen, der kommt zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß eine Änderung der Gesellschaftsordnung nottut. Eine Änderung, wodurch diese gewaltigen Kräfte restlos in den Dienst der Menschheit gestellt werden, der Arbeiter nicht mehr Knecht sondern Herr der Maschine ist und jede neue Verbesserung als eine Erleichterung freudig begrüßt wird. — — —

RECHT UND GESETZ

Die Krankenversicherung Arbeitsloser.

Von Hof.

Der Arbeitslose ist während der Dauer der Arbeitslosigkeit für den Fall der Krankheit versichert. Kraft Gesetzes tritt die Krankenversicherung mit dem Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ein. Der Erwerbslose wird vom Arbeitsamt der Krankenkasse als Mitglied gemeldet, die Beiträge werden vom Arbeitsamt bezahlt. Empfänger von Krisenunterstützung sind ebenfalls versichert, nur werden die Beiträge zur Krankenversicherung nicht vom Arbeitsamt, sondern $\frac{1}{5}$ vom Reich und $\frac{1}{5}$ von der Gemeinde getragen. Die Versicherung beginnt mit dem Zeitpunkte, an dem die Hauptunterstützung fällig ist, also erst nach einer Wartezeit von 7 Tagen. Während diesen 7 Tagen Wartezeit hat die Krankenkasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung einzuspringen, falls der Arbeitslose krank werden sollte.

Der Arbeitslose wird durch die Anmeldung des Arbeitsamtes ein vollwertiges Mitglied der Krankenkasse, er kann daher wählen und selbst gewählt werden und ein vor der Arbeitslosigkeit angenehmes Ehrenamt weiter führen. Vom Tage der Anmeldung hat er Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse; auf die Mehrleistungen nur dann, wenn er vorher in dieser Krankenkasse als Pflichtmitglied versichert gewesen ist und ein Anrecht auf die Mehrleistungen erworben hat. Beim Bezug von Arzneien und Stärkungsmitteln braucht der Erwerbslose die üblichen 10 Proz. Kosten nicht zu zahlen; durch die Verordnung vom 10. 4. 1924 ist er davon befreit worden.

Für die Bemessung des Grundlohnes in der Krankenversicherung tritt an die Stelle des auf den Kalendertag entfallenden Entgeltes ein Siebentel des in der Arbeitslosenversicherung eingeführten Einheitslohnes. Nach diesem Einheitslohn werden die Beiträge zur Krankenversicherung berechnet. Das Siebentel des wöchentlichen Einheitslohnes beträgt:

Klasse I	1,14 RM.
Klasse II	1,71 RM.
Klasse III	2,29 RM.
Klasse IV	3,00 RM.
Klasse V	3,86 RM.
Klasse VI	4,71 RM.
Klasse VII	5,57 RM.
Klasse VIII	6,43 RM.
Klasse IX	7,29 RM.
Klasse X	8,14 RM.
Klasse XI	9,00 RM.

Freiwillig kann sich aber der Arbeitslose in einer höheren Klasse versichern oder aber in der Klasse weiterversichern, die seinem früher verdienten Lohne entspricht; den Mehrbetrag an Beitrag muß er selbst tragen und zahlen, das Arbeitsamt zahlt die Beiträge nur in der Höhe, wie sie sich aus der Höhe der Arbeitslosenunterstützung ergibt. Hat der Arbeitslose von seinem Verdienste seine Familienangehörigen überwiegend unterhalten, bekommen er von der Krankenversicherung ebenso die Mehrleistungen der Krankenkasse wie sie jeder andere als pflichtversichertes Mitglied erhält.

Der Arbeitslose ist nur während der Dauer des Bezuges der Hauptunterstützung in der Krankenkasse versichert. Bekommt er keine Unterstützung mehr, dann kann er sich freiwillig weiterversichern. Bis 3 Wochen nach dem Ausscheiden aus der Krankenkasse hat er Anspruch auf die Leistungen, stirbt er nach einer Krankheit, so haben die Angehörigen Anspruch auf Sterbegeld.

Das Krankengeld muß genau so hoch sein, wie die Arbeitslosenunterstützung, die er erhalten hätte, wenn er nicht krank geworden wäre. Hat sich der Arbeitslose in einer höheren Klasse der Krankenkasse versichert, als er Arbeitslosenunterstützung erhält, so hat er ohne weiteres Anspruch auf das Krankengeld der höheren Klasse, für die er Beiträge gezahlt hat, auch wenn dadurch das Krankengeld höher ist als die Arbeitslosenunterstützung.

Wird die Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung gewährt, und ist deshalb die Unterstützung entsprechend geringer, so wird als Krankengeld auch nur der gekürzte Betrag gezahlt.

Gelegenheitsverdienst darf auf das Krankengeld nicht angerechnet werden, der § 112 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kommt hier nicht zur Anwendung.

Wenn bei der Kasse das den niederkommenden Frauen gewährte Wochengeld gleich dem Krankengeld ist, bemißt sich das Wochengeld versicherter arbeitsloser Frauen gleichfalls nach der Arbeitslosenunterstützung, die sie erhalten.

Die Arbeitslosen sind Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse, in deren Bezirk ihr Wohn- oder Aufenthaltsort liegt. Besteht für diesen Bezirk keine allgemeine Ortskrankenkasse, dann sind sie Mitglieder der zuständigen Landkrankenkasse. Hat dagegen der Arbeitslose in

einem anderen Bezirk gearbeitet und ist somit in einer anderen Orts- oder Landkrankenkasse pflichtversichertes Mitglied gewesen, so kann er bei dieser Kasse seines früheren Beschäftigungsortes Mitglied bleiben. Bei Stellung des Antrages auf Arbeitslosenunterstützung muß der Arbeitslose gleich beantragen, daß er in der früheren Kasse weiter versichert bleiben will. Den Antrag auf Weiterversicherung in der früheren Kasse kann der Arbeitslose nur innerhalb 7 Tagen stellen und auch nur dann, wenn er bis zur Stellung des Antrages noch keine Leistung aus der zuständigen Kasse bezogen hat.

Die Anmeldung zur Krankenkasse erfolgt durch das Arbeitsamt, das zur Anmeldung eine Frist von 14 Tagen hat.

Invaliditätsbegriff der Invalidenversicherung.

In der Reichsversicherungsordnung (§ 1255) ist bestimmt, daß als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Obwohl nach dem Wortlaut der oben angezogenen Bestimmungen bei der Beurteilung die Verhältnisse des Einzelalles — Kräfte, Fähigkeiten, Ausbildung, Beruf, Einkommen, körperlicher und geistiger Zustand, örtliche Verhältnisse — herangezogen und gewürdigt werden sollen, ist heute von alledem keine Rede mehr. Die Verwaltung und die Rechtsprechung haben es sich im Laufe der Jahre, insbesondere im letzten Jahrzehnt mit den Abweisungen der Ansprüche sehr leicht gemacht. Wie wird heute festgestellt, ob die Voraussetzungen des § 1255 der RVO. gegeben sind oder nicht? Einzig und allein durch die ärztliche Begutachtung. Früher wurde jeder Rentenantrag durch die untere Verwaltungsbehörde, später durch das Versicherungsamt unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten unter Anhörung des Antragstellers in kollegialer Verhandlung beraten und zur Genehmigung oder Ablehnung begutachtet. Diese Einrichtung ist heute praktisch abgebaut bzw. bedeutungslos gemacht.

Der behandelnde Arzt, der den Zustand des erkrankten Versicherten aus eigener Wahrnehmung auf Grund wochen- oder monatelanger Behandlung kennt, stellt Invaliddität fest, er schätzt die Erwerbsbeschränkung auf 70 oder mehr Proz. Vielleicht sind die Gutachten der behandelnden Ärzte nicht immer einwandfrei. Es erfolgt also Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt, dessen Gutachten in der Regel weit unter dem vom behandelnden Arzt festgestellten Grad der Erwerbsbeschränkung bleibt. Die erste Frage des Vertrauensarztes an den erkrankten Versicherten bezieht sich meist auf den Verdienst, den der Versicherte zuletzt bezogen hat oder noch bezieht, obwohl diese Frage für die ärztliche Begutachtung höchst überflüssig sein dürfte. Der Verdienst spielt aber in vielen Fällen eine große Rolle, ganz gleich, aus welchem Grunde er gewährt wird. Der Vertrauensarzt gibt heute neben dem medizinischen oder vielleicht an Stelle des medizinischen gleichzeitig ein volkswirtschaftliches Gutachten ab, selbst wenn er keinerlei Erfahrungen auf diesem Gebiete hat. Das vertrauensärztliche Gutachten ist für die Versicherungsträger maßgebend, es bildet aber in der Regel auch für die Rechtsprechungsbehörden die Unterlage für die Abweisung der Berufung.

Die Invalidenversicherung hatte früher reichliche Mittel, sie konnte die gesetzlichen Bestimmungen so handhaben, daß, abgesehen von Einzelfällen, erheblichere Ungerechtigkeiten im allgemeinen nicht zu verzeichnen waren, wenigstens nicht in dem Umfange, wie es jetzt seit Jahren der Fall ist. Die Beitragsfestsetzung für die Invalidenversicherung ist während der Inflation und bis in das Jahr 1926 hinein immer unzureichend gewesen, so daß der Versicherungszweck nicht erfüllt werden konnte. Dutzende Male trat die Tatsache in Erscheinung, daß die Vorlagen des Reichsarbeitsministeriums im Reichstage abgeändert wurden. Die Leistungen wurden erhöht, die Beiträge auf dem vorgeschlagenen Satze belassen. Die Vorstellungen der Versicherungsträger wurden nicht beachtet. Später wurde mit Befriedigung nachgewiesen, daß die Beiträge richtig festgesetzt waren. Leider wurde niemals festgestellt, welche Maßnahmen die Versicherungsträger anwenden mußten, um auszukommen. Bereits vorhandene Rentenbezieher wurden durch ärztliche Nachuntersuchungen wieder „erwerbsfähig gemacht“, neue Leistungen hat man sich durch vertrauensärztliche Gutachten vom Halse gehalten. Reichsarbeitsministerium und Reichsversicherungsamt konnten die

Versicherung nicht zusammenbrechen lassen, sie haben ihr redlich Teil zur Streckung der Mittel beigetragen. Der Einfluß trat für die breitere Öffentlichkeit nicht in Erscheinung, war aber doch sehr wirksam. Zur Vervollständigung des sanften Druckes kam noch die von gewisser Seite aufgestellte und vielfach gedankenlos nachgebete Mär, daß heute jeder Mensch eine Rente haben wolle. Daß die Kriegs- und Inflationswirkungen Körper und Geist von unzähligen versicherten Arbeitern zerstört haben, galt soviel, wie nichts. Die indirekten Weisungen sind durch unsichtbare Kanäle an die verschiedensten Stellen gelangt, die Versicherungsträger, die Ärzte, die Rechtsprechungsbehörden haben, teils in konzentrierter Wirkung zum „Sparen“ beigetragen, mit der Gesamtwirkung eines vielleicht dreifachen Erfolges. Wenn bisher in den Organen der Versicherungsträger, vor den Rechtsprechungsbehörden oder sonstwo geltend gemacht wurde, daß eine von Jahr zu Jahr zunehmende Verschlechterung eingetreten ist, so wurde dies bestritten. Die Beschwerden, die seit Jahren in der Fach- und Tagespresse und in den Berichten der Arbeitersekretariate an die Öffentlichkeit gekommen sind, sprechen eine zu deutliche Sprache. Die Verhältnisse haben sich jetzt so entwickelt, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Selbst die höchsten Reichsbehörden müssen dies jetzt eingestehen.

Ministerialdirektor Grieser, Dirigent für Arbeiterversicherung im Reichsarbeitsministerium hat auf dem Verbandstage der Landesversicherungsanstalten im Juli vorigen Jahres, nachdem von verschiedenen Seiten lebhaft Klagen über die heutige Auslegung des Begriffes „Invaliddität“ erhoben wurden, folgendes erklärt:

„Mein Herr Vorredner hat darin recht, daß wir den Begriff der Invaliddität sehr genau untersuchen müssen, daß wir uns Rechenschaft darüber geben müssen, ob der Begriff noch so angewendet werden darf, wie er früher angewendet wurde. Es haben Besprechungen im Reichsarbeitsministerium mit Herren vom Reichsversicherungsamt stattgefunden, unverbindliche Besprechungen, die die Rechtsprechung nicht binden. Hier waren aber alle Herren darüber einig, daß zwischen Invaliddität im Sinne der Invalidenversicherung und Berufsunfähigkeit im Sinne der Angestelltenversicherung kein begrifflicher Unterschied besteht. Invaliddität der Arbeiter ist die Berufsunfähigkeit der Angestellten. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß der Begriff „Invaliddität“ auch ein wirtschaftlicher Begriff ist. Die soziale Versicherung befaßt sich, wenn ich so sagen darf, auch mit der Wirtschaftspathologie und sie treibt auch Wirtschaftstherapie. Deshalb müssen die Begriffe, die wir anwenden, den krankhaften Zuständen der Wirtschaft Rechnung tragen. Berücksichtigt man die wirtschaftlichen Änderungen, die auf dem Arbeitsmarkt eingetreten sind, dann wird man den Begriff der Invaliddität richtig erfassen. Es ist kein grundsätzlicher, kein qualitativer Unterschied zwischen Invaliddität und Berufsunfähigkeit, sondern bloß ein quantitativer; bei den Angestellten hat die Berufsunfähigkeit zur Voraussetzung den Verlust von der Hälfte, bei den Arbeitern den Verlust von zwei Dritteln der Arbeitsfähigkeit. Man kann also wohl ohne Änderung des Gesetzes im Wege der Praxis und der Rechtsprechung bei dem Begriff der Invaliddität den veränderten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.“

Unmittelbar nach Ministerialdirektor Grieser kam der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Schöffler, zum Wort, der noch folgendes ausführte:

„Besonders interessiert haben mich die Ausführungen hinsichtlich des § 1255 der RVO. Herr Ministerialdirektor Grieser hat in dieser Beziehung schon Ausführungen gemacht, und ich kann vertragen, daß im Schoße des Reichsarbeitsministeriums, wie auch beim Reichsversicherungsamt nach dieser Richtung Erwägungen schweben, um den Begriff der Invaliddität mehr in dem von ihnen gewünschten Sinne auszulegen.“

Ob viel erreicht wird, wenn das Reichsversicherungsamt dem Begriff Invaliddität durch seine Entscheidungen eine andere Deutung oder Auslegung gibt, ist sehr fraglich. Wenn eine für die Versicherten günstige Entscheidung fällt, so dauert es sehr lange Zeit, bis sie in vollem Umfange angewendet wird, ganz im Gegensatz zu ungünstigen Entscheidungen, die auf der ganzen Linie restlos angewendet werden, wenn sie kaum gefallen sind.

Die Landesversicherungsanstalten waren im letzten Jahrzehnt gezwungen, zur Streckung der Mittel verschiedene Maßnahmen zu treffen, die als unsozial empfunden wurden und nach außen hin den Eindruck bürokratischer Engherzigkeit machten. Im Vollzuge der gesetzlichen Bestimmungen haben sich Gewohnheiten herausgebildet, die in „Fleisch und Blut“ übergegangen sind, deshalb auch nicht mehr leicht beseitigt werden können.

VERBAND UND BERUF

Totenrevue 1928.

Bearbeitet von Emil Herr.

Wiederum ist ein Jahr ins Land gezogen, abermals ein Jahr an uns Menschenkinder vorbeigezogen. In unserem Zeitabschnitte der Technisierung und Rationalisierung eilt für viele Menschen scheinbar auch ein Jahr schneller als sonst vorüber. Tempo, Tempo und noch einmal Tempo!

Mit Blitzesschnelle zog das Jahr 1928 an uns vorüber. Manche stürzten dabei wohl früher als sonst. Schnitter Tod hält gute Ernte. Er würde reichere Ernte halten können, wenn ihm nicht durch die Volksaufklärung ein brauchbarer Damm entgegen gesetzt wäre. Wir müssen in unserem Zeitalter aber die Gedanken schärfen, um weiterem Übel auf den Grund zu kommen.

Die Totenlisten des Verbandes mit allem sonst noch hierzu gehörigem Material liegen vor. Ich will das Material einer Untersuchung unterziehen in ähnlicher Weise wie in den Vorjahren. Ein Erkenntnisreichtum fällt uns dabei in den Schoß. Lasset uns Nutzenwendungen daraus ziehen! Aber auch für unsere Nachwelt sollen diese Zeilen gleichsam ein Dokument sein, aus welchem Folgerungen gezogen werden können noch nach Jahren. *Proprio motu.* —

In der Aufmachung will ich die gleiche Art wie in den Vorjahren wählen, so daß Zahlenvergleiche möglich sind. Der Leser dieser Zeilen sei also darauf aufmerksam gemacht, daß alle in Klammern gestellte Zahlen sich auf das Vorjahr 1927 beziehen. Die Vergleichsmöglichkeit ist auf diese Weise rasch gegeben.

Vom 2. Januar 1928 bis Ende Dezember 1928 sind insgesamt 171 (182) Kollegen mit Tod abgegangen. Die Zahl der Sterbefälle ist somit etwas gesunken. 1926 starben 158 Kollegen. Der Durchschnitt der letzten 5 Jahre beträgt in unseren Reihen 163. Das Jahr 1928 stand also um 8 Sterbefälle über dem Jahresdurchschnitt der letzten 5 Jahre. Bei weiterer Untersuchung auf diesem Wissensgebiete fand ich auch eine Steigerung der Durchschnittsziffer um 3 Fälle. Eine kleine Mahnung des Tempos der Zeit? —

Auf die Hauptsparten unseres Verbandes verteilen sich die Tode des Jahres wie folgt: Gruppe I (Steindrucker) 81 (99), 18 weniger. Gruppe II (Lithographen und Zeichner) 42 (30), 12 mehr. Gruppe III (Chemigraphen, Licht-, Kupfer- und Tiefdrucker) 24 (24), der gleiche Stand. Gruppe IV (alle übrigen kleineren Sparten zusammengezogen, wie Noten-, Form- und Kupferstecher, Xylographen, Notendrucker, Photographen und Hilfsarbeiter) 24 (29), also 5 weniger. Besonders schlecht schnitten in diesem Jahre die Lithographenkollegen ab. 12 Tote mehr, während die anderen Gruppen den gleichen Stand oder auch weniger Tote zu beklagen hatten.

Bei den 171 Verbliebenen nehmen wiederum wie in den 3 Vorjahren die an verschiedenen Herzleiden Verstorbenen die Spitze ein, mit 62 (52) an der Zahl. 1924 waren es nur 29. Seit diesem Zeitpunkt ist eine stete Steigerung zu verzeichnen. Der Todestrahle hat sich seit dem Jahre 1924 verdoppelt bei den Herzleidenden in unserem Gewerbe. Die Hast wirkt sich sichtbar aus. Mit 29 (38) Todesfällen folgen wie in den letzten 3 Jahren an zweiter Stelle an sonstigen Einzelerkrankungsarten Verstorbenen. Es sind zusammen genommen als Einzelfälle Gallen- und Leberleiden, Blen-, Harn-, Blutvergiftung, Venen-, Mandel-, Halsschlagader-, Bauchfell- und Rippenfellentzündung, Fußbrand und Zuckerkrankheit sowie andere seltene Leiden. Wiederum an dritter Stelle stehen die Lungenerkrankungen. Die Zahl der an diesem Leiden verstorbenen Kollegen ist mit 27 (26) anzugeben. Gegenüber der Vorkriegszeit gehen die Sterbefälle an Lungenleiden, besonders an Tuberkulose sehr merkbar zurück. Auf je 10000 Bewohner des Deutschen Reiches kamen noch im Jahre 1876 37 Todesfälle, welche auf Tuberkulose zurückzuführen waren. Im Jahre 1918 nur noch 20,3, 1919 18,2, 1923 12,8, 1926 9,8 und 1928 8,2 Fälle. Diese Zahlen bedeuten einen starken Aufstiege in der allgemeinen Volksgesundheit. In dieser Hinsicht steht es bedeutend besser in Deutschland als vor Jahren. Aufklärung hat hier Wunder gewirkt, Krankenkassen, Beobachtungsstellen, Fürsorgetätigkeit haben beachtenswert mitgewirkt. Gemessen allerdings am gesamten Reichsdurchschnitt für diese Sterbearten schneiden wir als Beruf noch immer etwas ungünstig ab. Es machen sich also besondere ungünstige Berufseinwirkungen unliebsam bemerkbar. Beengte sitzende Dauertätigkeit des Lithographen, Chemikalienwirkungen in der Chemigraphie, schlechte Lüftungsmöglichkeiten in den Betrieben und anderes.

An 4. Stelle stehen wieder die an Krebs-, Magen- und Darmleiden elend zugrunde Gegangenen, 23 (24) an der Zahl. Ein neuzeitliches Schlagwort in Blättern für wissenschaftliche Ernährung heißt: Alle Krankheit geht vom Darne aus! Die Richtigkeit dessen wird durch neuzeitliche Forschung immer mehr bestätigt. Die Krebskrankhei-

ten sind in Deutschland stark im Steigen begriffen unter der Gesamtbevölkerung. Bei der Erforschung, wie es um die Volksgesundheit in Deutschland steht, hat man gefunden, daß in den Jahren 1896—1905 durchschnittlich 7,3 Fälle zu verzeichnen waren. Im Jahre 1926 dagegen schon 10,2 Fälle. Die Forschung ist hier sehr erschwert und infolgedessen sehr zurück. Es gehen auch die Meinungen über die Ursachen bei den Kapazitäten auf diesem Wissenschaftsgebiete noch erheblich auseinander. Da es sich zumeist um innere Erkrankungen sehr versteckter Art handelt, ist die Ursachenforschung besonders erschwert.

Nun folgen die an Nerven- und Gehirnleiden Verbliebenen mit 10 (19) an der Zahl. — Der natürlichen Todesart, der Altersschwäche, erlagen im Berichtsjahre 9 (12) Kollegen. Da nur 9 Kollegen der naturgegebenen Auflösung verfielen, so ist das ein sehr winziger Prozentsatz. Eine Anklage an unseren Zeitabschnitt, der wenig menschenwürdigen Verhältnisse für das Volk. Gefühlskälte und Herzlosigkeit sind sich breitmachende Merkmale der Jetztzeit. Wo sind die starken Männer zum edlen Menschenwerk? Wo ist das große Weltbewusstsein von dem Führer so gerne reden? Wo bleiben die großen Staatsgeschehnisse für das edelste der Schöpfung — den Menschen?

In der oben genannten Gruppe I (Steindrucker) allein die Todesursache erforscht, stehen die an Herzkrankheiten mit Tod Abgegangenen mit 26 (27) an der Spitze wie in den beiden Vorjahren. An zweiter Stelle stehen hier in diesem Berichtsjahre die Lungenleidenden 15 (16) an der Zahl. Im Vorjahre standen diese Fälle erst an der dritten Stelle. Dann folgen sonstige Erkrankungen mit 14 (20) Fällen. 10 (13) an Krebs, Magen- und Darmerkrankung. 6 (4) nur an Altersschwäche sind zu verzeichnen. 4 (13) an Nerven- und Gehirnleiden. Ein starker Rückgang in diesem Jahre.

In der Gruppe II (Lithographen, stehen ebenfalls die Herzleiden an der Spitze mit 14 (10) an der Zahl. Ein wesentlich höherer Stand gegenüber den beiden letzten Jahren mit je 10 Fällen. An zweiter Stelle stehen hier als Todesursache Krebs, Magen- und Darmleiden. 9 (6) im Berichtsjahre. 1926 nur zwei Fälle. Ein erheblicher Sprung nach oben zuzunehmen dieser Gruppe. Dann folgen an dritter Stelle Lungenerkrankungen mit 7 (3) an der Zahl. 1926 4 Todesfälle dieser Art. Sonstige Todesfälle 5 und an Nerven- und Gehirnleiden 4 (2). Diese teilweise starken Ziffernsteigerungen sind auch bedingt durch den wesentlich höheren Sterbeetat dieser Gruppe im Berichtsjahre 1928 bei niedrigerem Gesamtsterbeetat. — In Gruppe III (Chemigraphen) sind ebenfalls die Todesursachen durch Herzleiden wie im Vorjahre an der Spitze, mit 10 (8) an der Zahl. Die sonstigen Fälle folgten hier mit 6 (6). Lungenerkrankungen 3 (6). Ein erfreulicher Rückgang, ob von Dauer, kann erst nach Jahren festgestellt werden. 2 an Magen- und Darmleiden. 1 (1) an Altersschwäche. Ein Einzelfall wie im Vorjahre. An Nerven- und Gehirnleiden ist kein Fall zu verzeichnen.

In Gruppe IV (alle übrigen kleineren Sparten) stehen auch die Herzleiden an der Spitze mit 12 (7) an der Zahl. Also in diesem Berichtsjahre haben alle vier gezogenen Gruppen in Herzkrankung den Rekord erreicht. An sonstigen Leiden folgen 4 (6). Ferner 2 (4) an Magen- und Darmleiden. 2 (3) an Nerven- und Gehirnkrankungen. 2 an Lungenleiden und 2 (5) an Altersschwäche. Wenigstens jeder 12. Kollege ist hier der natürlichen Auflösung anheimgefallen.

Die 171 (182) (158 im Jahre 1926) mit Tod Abgegangenen erreichten zusammen ein Alter von 9513 (10213) Jahren. Ergibt für alle ein Durchschnittsalter von 55,6 (56,1) Jahren. Eine weitere Verschlechterung sei hier festgehalten für unsere Berufskollegen. 1926 waren es noch 56,2 Durchschnittsalter.

Die 81 (99) Steindruckerkollegen konnten zusammen ein Alter von 4479 (5750) Jahren erreichen. Ergibt für unsere größte Berufssparte eine durchschnittliche Lebensdauer von 55,3 (58,0) Jahre. Die Senkung beträgt 2,7 Jahre. Zum ersten Male seit ich diese Untersuchungen anstelle, stehen die Steindrucker unter dem Gesamtdurchschnitt der Lebensdauer der Verstorbenen. Sonst stand diese Gruppe immer nennenswert über dem Gesamtdurchschnitt.

Die 42 (30) Lithographen lebten zusammen 2344 (1599) Jahre. Ergebnis des Durchschnittsalters dieser Gruppe II ist 55,8 (52,9) Jahre. Die Lithographenkollegen stehen damit zum ersten Male um ein geringes über dem Gesamtdurchschnitt der Verstorbenen, nämlich 0,5 Jahre über dem Steindruckerdurchschnitt.

1215 (1188) Jahre konnten zusammen 24 (24) Chemigraphenkollegen erleben. Ergibt für dieselben einen Durchschnitt von 50,6 (48,6) Jahren. Die Durchschnittsquote der Gruppe III ist wohl in diesem Jahre gestiegen, aber sie liegt noch sehr

bedenklich unter dem Gesamtdurchschnitt der Gesamtkollegenschaft im Reiche. Fünft Jahre fehlen noch. Die Chemigraphen kommen bei der Errechnung der Lebensdauer unserer Berufssparten am schlechtesten weg. Sie bezahlen wie man so zu sagen pflegt, die Zeche für das Ganze. Auf alle Gefahren, welche in diesem Gewerbe stecken, sind Eltern und Erzieher ihrer Schutzbefohlenen aufmerksam zu machen, wenn sie junge Leute dieser Sparte zuführen wollen.

24 (29) Verstorbene der Gruppe IV (alle sonstigen kleineren Sparten) erreichten zusammen ein Alter von 1475 (1687) Jahren. Ergibt für diese Kollegenreihen eine durchschnittliche Lebensdauer von etwas über 61,4 (58,0) Jahren. Sie stehen in diesem Jahre noch mehr über dem Gesamtdurchschnitt als im Vorjahre, nämlich 6,1 (1,9) Jahre. Diese kleineren Sparten stehen seit der ganzen Untersuchungszeit über dem Gesamtdurchschnitt. In diesem Jahre allerdings besonders hoch. Chemigraphenkollegen stehen 5 Jahre unter dem Gesamtdurchschnitt und die Kollegen der Gruppe IV 6,1 Jahre darüber; ergibt einen Unterschied in der durchschnittlichen Lebensdauer dieser beiden Gruppen von 11,1 Jahren.

70 Jahre soll unser Leben währen und wenn es hoch kommt sollen es gar 80 Jahre sein — ein bekannter Schulspruch. Nun, über 80 Jahre wurden in diesem Berichtsjahre nur 2 (8) Kollegen. 1 (3) Kollegen in Gruppe I und 1 (4) Berufsangehörige in der Gruppe IV. Von den beiden anderen Gruppen erreichte keiner das biblische Alter von 80 und mehr Jahren. Der in Gruppe I genannte Kollege erreichte ein Alter von 81 Jahren. Ein invalider Steindrucker aus Sachsenhausen, verstorben in Frankfurt a. M. Der Kollege in Gruppe IV erreichte eine Lebensdauer von 83 Jahren, also der Altersriese des Berichtsjahres. Ein seit 1893 unserem Verbands angehörender Hilfsarbeiter aus Elberfeld, verstorben in Köln a. Rh., Invalide seit 1910. Über die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen sind folgende Angaben vorhanden. Von 100 Menschen sterben zwischen 70 und 80 Jahren 14. Nach dem 80. Lebensjahr 2. Da wir nun 171 Verstorbene haben und nur 2 ein Alter von 80 und mehr Jahren erreichten, stehen wir auch hier unter dem Menschheitsdurchschnitt in Deutschland.

Die geringste Lebensdauer erzielten 2 Steindrucker mit nur 21 Jahren. Grund Lungenbluten und Mandelvereiterung.

Ebenfalls wie im Vorjahre ist die Zahl der freiwillig oder durch Unglücksfall dem Leben Entzessenen sehr hoch. Insgesamt 7 (6) Steindrucker, 2 (1) Lithographen, 2 (1) Chemigraphen und in der Gruppe IV keiner (3). Darunter haben den Freitod gewählt 5 Kollegen: 4 Steindrucker und 1 Lithograph. Der gewählte Freitod ist in zwei Fällen durch Gas erfolgt, in weiteren 2 Fällen durch Erhängen und in einem Fall Überfahren durch die Eisenbahn. Nietzsche läßt Zarathustra über den Freitod sprechen: Meinen Tod liebe ich auch, den freien Tod, der mir kommt, weil ich will! — Nun, leichtfertig wird sich kaum ein Kollege dem Gefühle des Lebensüberdusses hingegeben haben. Gekämpft werden sie alle auf ihre Art haben bis zur letzten Stunde ihres Lebens.

Durch Unglücksfall sind aus dem Leben vorzeitig geschieden 6 Kollegen. Je zwei Steindrucker, Lithographen und Chemigraphen. Ihre Altersklassen waren 23, 29, 39, 57, 63 und 74 Jahre. Ursachen: 2 Motorradunfälle, 1 Gasvergiftung, 1 Unfall durch Überfahren mit der Eisenbahn, 1 Sturz auf der Straße und ein anderer Unfall verbunden mit Beckenbruch.

Zwei prominente Mitglieder unserer Organisation sind im Berichtsjahre von uns gegangen. Ihrer sei besonders gedacht. Kollege Theodor Mittendorf, Gauleiter in Frankfurt a. M., früherer Chemigraph. Er konnte nur ein Alter von 51 Jahren erreichen. Kollege Mittendorf war aus Braunschweig gebürtig und hat allseitig geachtet seinen Posten versehen für unsere Organisation.

Ferner Kollege Joseph Meier-Durst, der ideale Lithographenkämpfer. Mit 65 Jahren aus unserer Kollegentamilie geschieden. Gebürtig aus Ansbach in Bayern, verstorben in Saalfeld. Ein ehrenhafter Streiter unserer Ideenwelt. Der beiden Letztgenannten Tod ist für uns besonders deplorable. Doch das Banner steht weiterhin, wenn der Mann auch fällt!

Das Material des Besprechungsjahres ist nun durchforscht in gleicher Weise wie in den Vorjahren. Die Zeilen klagen die bestehenden Verhältnisse im Reiche an und mahnen, zur Hebung der Lage alles aufzubieten für die Kollegenschaft. Die „Toten-Revue 1928“ soll dem aktiven Gewerkschaftsfunktionär brauchbares Material bieten zu passender Zeit.

Ich schließe mit Worten Friedrich Nietzsches. „Also sprach Zarathustra: Schätzen ist Schaffen: hört es, ihr Schaffenden! Schätzen selber ist aller geschätzten Dinge Schatz und Kleid.“

LITERATUR UND KUNST

Deutsche Kunstgemeinschaft. ☞

Von Walther G. Oschilewski.

Die deutsche Volksbühnenbewegung nur als eine Art Konsumverein bewerten zu wollen, und ihre soziale, künstlerische und theaterwirtschaftliche Bedeutung auf das Maß einer im Organisatorischen sich erschöpfenden Vereinigung herabzumindern, wäre ein oberflächliches übelwollendes Unternehmen. Denn das organisatorische Problem innerhalb der Volksbühnenbewegung ist vornehmlich ein pädagogisches: die Hunderttausende sollen zur Anteilnahme und zum Bereitsein ohne jede Aufdringlichkeit der Akteure erzogen oder doch wenigstens in den genießenden und mitarbeitenden Kreis des kulturellen und künstlerischen Geschehens gestellt werden. Vor jenseits der inneren Lebendigkeit vieler Ortsvereine, der wachsenden Begeisterung der in vielen Städten veranstalteten Besprechungsabende und Arbeitsgemeinschaften Zuschauer sein durfte, glaubt an dieses vom Geist hoher Gemeinschaft und künstlerischer Verantwortung getragene Bemühen.

Was nun die Volksbühnenbewegung zur Bildung eines lebendigen und sozialen Kulturgebietes, einer vernunft- und planmäßigen Führung des Theaters, einer verantwortungsbewußten Förderung junger Dichtung und Musik ist, soll die Anfang 1926 ins Leben gerufene, durch die dankenswerte Aktivität des Staatssekretärs Heinrich Schulz vorbereitete und beschleunigte, von vielen namhaften Künstlern, Politikern, Gelehrten unterstützte „Deutsche Kunstgemeinschaft“ zur Pflanzung der bildenden Künste für die arbeitende Bevölkerung sein. Als eine Vereinigung gemeinnützigen Charakters umfaßt die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ vor allem „Kunsthelfer und Künstler“ zur gemeinsamen Förderung des Kunstverständnisses und zur Ausbreitung des Kunstbesitzes im deutschen Volke. Dieses Unternehmen muß auf das freudigste begrüßt werden! Verbindet sich doch hier die selbstverständlichste nationale Pflicht den Kulturgütern gegenüber mit der sozialen und künstlerischen Verantwortung der werktätigen Bevölkerung, und wird hiermit in einem stärkeren Maße für eine Notwendigkeit Sorge getragen, die schon lange bis zur Gründung der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ als Mangel empfunden und der nur durch die wenigen Versuche der Bildungsausschüsse sozialistischer Parteien und sonstiger Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft abgeholfen wurde.

Unterstützt vom Reichsministerium des Innern, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsfinanzministerium, auch in finanzieller Hinsicht, gefördert und empfohlen von namhaften Frauen und Männern, wie Max Liebermann, Käthe Kollwitz, Paul Löbe, Richard Strauß u. a., gehören dem Arbeitsausschuß, dem die organisatorische und künstlerische Führung untersteht, Männer wie Staatssekretär Heinrich Schulz, Maler Hans Baluschek, Staatsminister a. D. Wolfgang Heine, Dr. Siegfried Nestriepke, Dr. Max Osborn u. a. Die Mitgliedschaft ist durch einen Mindestjahresbeitrag von 12 Mk. und einer einmaligen Eintrittsgebühr von 2.— Mk. für Einzelpersonen, Vereine, Behörden und sonstige Körperschaften zu erlangen, wofür die Berechtigung zum Kauf zu den Abzahlungsbedingungen der „Deutschen Kunstgemeinschaft“, freier Eintritt zu den Kunstausstellungen, wesentliche Preisermäßigungen bei allen gesellschaftlichen Veranstaltungen und eine künstlerische Jahresgabe in Form handsignierter Originalgraphik, die alljährlich zu Weihnachten durch eigene Wahl unentgeltlich erworben wird, geboten werden.

Der Hauptzweck der Vereinigung liegt in der Veranstaltung selbständiger oder in Verbindung mit interessierten Stadtverwaltungen, Vereinen, Regierungen, Firmen etc. vorgeführter Kunstausstellungen im ganzen Reiche, die vornehmlich pädagogische, d. h. dem Bestreben einer künstlerischen Volkserziehung unterstehende Gesichtspunkte zum Anlaß haben, und die zum Kauf anregen sollen, um endlich einmal dem sentimentalen und kitschigen Barbarismus der Wohnräume, Sitzungszimmer und der sonstigen Lokalitäten Einhalt zu gebieten. Gemälde, Graphikblätter, Plakate, Aquarelle, Zeichnungen, künstlerische Originalkeramik können so zu Atelierpreisen ohne Zinsenaufschlag durch monatliche Ratenzahlungen in den Besitz des Hand- und Kopfarbeiters, des Parteiverstehens, der Gewerkschaft, des Volkshauses, der Behörde usw. übergehen. So kann man schon für Beträge von 2 bis 10 Mk., bei einer Abzahlungsdauer bis zu zwei Jahren, ein wertvolles Gemälde bekannter zeitgenössischer Künstler, eine signierte Graphik, eine kleine Plastik oder ein schönes Aquarell, also in jedem Falle ein wirkliches Kunstwerk erwerben. Die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ hat die Pflege und Förderung aller Kunstausfassungen zu ihrer Gesinnung erhoben, sie hat in dem ihr zukommenden Sinne tapfer in den Streit der kunstkritischen und kunstempfehlenden Meinungen eingegriffen, als sie sich keiner

Unterschlagungen zuschulden kommen ließ (die Eierschalen, die jedem jungen Unternehmen anhaften, müssen wohl verziehen werden), und Maler und Bildhauer aller Richtungen, Sezessionisten wie „Akademiker“ lokalpatriotischer Observanz (was kein direkter Vorwurf sein soll), Bauhäusler wie aufstrebende Talente eines noch radikaleren schöpferischen Strebens zu umfassen versucht. Demzufolge steht sie „allen Richtungen“ objektiv gegenüber. Sie will zu den Verschiedenartigkeiten künstlerische Auffassung und Gestaltung ihrerseits nicht Stellung nehmen und ihre Mitglieder nicht bevormunden. Vielmehr sollen sie die Möglichkeit haben, aus allen Kunstschöpfungen der Gegenwart uneingeschränkt und frei zu wählen. Eine Beschränkung wird nur insoweit erfolgen, als von jeder der verschiedenen Kunstarten nur wirklich reife und wertvolle Werke zur Ausstellung gelangen.

Dieses Versprechen, das die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ damit der Öffentlichkeit gegeben hat, ist innerhalb der jetzt dreijährigen erfolgreichen Wirksamkeit, wenn man von einigen kleineren Verirrungen absehen will, gehalten worden. Mitte Mai 1926 wurde im Berliner Schloß die erste Ausstellung eröffnet, der sich bald darauf eine zweite und dritte, im Niveau gehobenere, anschließen konnten. Mit Recht bemängelte man anfangs die noch ziemlich hohen, besonders für die Werke jüngerer Künstler unverständlich hohen Preise, die wohl aus Verkennerung der Besonderheit des Unternehmens am allgemeinen Kunstmarkt orientiert schienen und oft ohne besondere Grund eine lächerliche und vom Autor zufällig bezeichnete Höhe erreichten, eine Erscheinung, die leider bis heute noch immer nicht ganz ausgeglichen werden konnte. Seit diesen ersten Veranstaltungen, die Liebermann, Baluschek, Winkler-Tannenberger, Eugen Spiro, Zille, Burmann, Büttner, Honigsberger und viele andere zum Aushang brachten, sind bis jetzt nahezu 25 Berliner Ausstellungen gefolgt. Selbständige, z. T. in Verbindung mit anderen Körperschaften, z. T. von diesen Körperschaften selbständig veranstaltete Ausstellungen haben in den drei letzten Jahren in Breslau, Magdeburg, Schneidemühl, Hannover (Messe des freien Bildungsbereichs), mehrmals in Hamburg (Weihnachtsmesse des Gewerkschaftshauses), Salzburg, Zoppot, Danzig, Kuxhaven, Luckenwalde, Frankfurt a. d. O. stattgefunden. Der Umsatz betrug von Mai 1926 bis 31. Dezember 1927 184 452 Mk., vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1928 etwa 169 200 Mk. Zu den Käufern gehören neben vielen Privatpersonen und Behörden (Ministerien, Oberpräsidenten, Stadtverwaltungen usw.), auch der Parteivorstand der Sozialdemokratie, der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Gewerkschaftshaus Kiel. Diese Aufzählung soll als lobendes Beispiel besonders unterstrichen werden. Hier besteht eine dankenswerte Aufgabe vor allem auch für die unter sozialistischem Einfluß stehenden Behörden, die ihre oft von einer gräßlichen Verstaubtheit und Arseligkeit zeugenden Amtsstuben und Sitzungssäle mit guter zeitgenössischer Kunst lebendig machen könnten, ich denke auch an die Versammlungslokalitäten der Arbeiterschaft, den Volks- und Gewerkschaftshäusern, Jugendheimen und Verwaltungsbüros, und nicht zu allerletzt sollten wir endlich einmal die kitschigen Olddrücke von unseren eigenen vier Wänden fegen, etwas Luft machen und damit wieder einen Schritt nach vorn tun.

Die von der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ organisierten Ausstellungen sollten überall verlangt und ähnlich wie in Berlin und anderen Orten zu besonders günstigen Besuchszeiten (von 9 bis 7 Uhr, selbstverständlich auch Sonntags) gezeigt werden, und man kann glauben, daß dadurch ein nicht geringes für Kunst und Künstler getan wird. Eine besondere Aufgabe für die arbeitende Bevölkerung ist es, diesem sozialen Unternehmen anteilig zu werden und seinem Bemühen Aufmerksamkeit und Förderung zu schenken; Pflicht eines jeden ist es, mitzutun am Aufbau einer dem Kunstschaffen verantwortungsvollen Gemeinde.

Kameraden. ☞

Das Kriegsbuch eines unbekanntenen Soldaten „Im Westen nichts Neues“, von Erich Maria Remarque, gibt das aufwühlende Erlebnis einer Generation, die von der Schulbank in den Schützengraben zog und unter Blut und Tod ihre Jugend begrub. Wir geben hier mit Erlaubnis des Propyläen-Verlag, Berlin, bei dem der Roman erschienen ist, eine Probe von der großartigen und grimmigen Sachlichkeit des Werkes. Den Vertrieb des Buches in Gewerkschaftskreisen hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a übernommen; Bestellungen sind dorthin zu richten.

Neben mir zischt eine kleine Granate. Ich habe sie nicht kommen gehört und erschrecke heftig. Im gleichen Augenblick taßt mich eine sinnlose Angst. Ich bin hier allein und fast hilflos im Dunkeln — vielleicht beobachten mich längst aus einem Trichter hervor zwei andere Augen, und eine Handgranate liegt wurffertig bereit, mich zu zerreißen. Ich versuche mich aufzuraffen. Es ist nicht meine erste Patrouille und auch keine besonders gefährliche. Aber es ist meine erste nach dem Urlaub, und außerdem ist das Gelände mir noch ziemlich fremd.

Ich mache mir klar, daß meine Aufregung Unsinn ist, daß im Dunkel wahrscheinlich gar nichts lauert, weil sonst nicht so flach geschossen würde.

Es ist vergeblich. In wirrem Durcheinander summen mir die Gedanken im Schädel — ich höre die warnende Stimme meiner Mutter, ich sehe die Russen mit den wehenden Bärten am Gitter lehnen, ich habe die helle, wunderbare Vorstellung einer Kantine mit Sesseln, eines Kinos in Valenciennes, ich sehe quälend, scheußlich in meiner Einbildung eine graue, gefühllose Gewehrwindung, die lauernd lautlos mitgeht, wie ich auch den Kopf zu wenden versuche: mir bricht der Schweiß aus allen Poren.

Immer noch liege ich in meiner Mulde. Ich sehe auf die Uhr; es sind erst einige Minuten vergangen. Meine Stirn ist naß, meine Augenhöhlen sind feucht, die Hände zittern, und ich keuche leise. Es ist nichts anderes als ein furchtbarer Angstfall, eine einfach gemeine Hundeangst davor, den Kopf herauszustrecken und weiter zu kriechen.

Wie ein Brei zerquillt meine Anspannung zu dem Wunsch, liegenbleiben zu können. Meine Glieder kleben am Boden, ich mache einen vergeblichen Versuch — sie wollen sich nicht lösen. Ich presse mich an die Erde, ich kann nicht vorwärts, ich fasse den Entschluß, liegenzubleiben.

Aber sofort überspült mich die Welle erneut, eine Welle, aus Scham, Reue und doch auch Geborgenheit. Ich erhebe mich ein wenig, um Ausschau zu halten. Meine Augen brennen, so starre ich in das Dunkel. Eine Leuchtugel geht hoch: — ich ducke mich wieder.

Ich kämpfe einen sinnlosen, wirren Kampf, ich will aus der Mulde heraus und rutsche doch wieder hinein, ich sage „du mußt, es sind deine Kameraden“, es ist ja nicht irgendein dummer Beteil“, — und gleich darauf: „Was geht es mich an, ich habe nur ein Leben zu verlieren“.

Das macht alles dieser Urlaub, entschuldigte ich mich erbittert. Aber ich glaube es selbst nicht, mir wird entsetzlich flau, ich erhebe mich langsam und stemme die Arme vor, ziehe den Rücken nach und liege jetzt halb auf dem Rande des Trichters.

Da vernehme ich Geräusche und zucke zurück. Man hört trotz des Artillerielärms verdächtige Geräusche genau. Ich läusche; — das Geräusch ist hinter mir. Es sind Leute von uns, die durch den Graben gehen. Nun höre ich auch gedämpfte Stimmen. Es könnte dem Tone nach Kat sein, der da spricht.

Eine ungemaine Wärme durchflutet mich mit einmal. Diese Stimmen, diese wenigen, leisen Worte, diese Schritte im Graben hinter mir reiben mich mit einem Ruck aus der fürchterlichen Vereinsamung der Todesangst, der ich beinahe verfallen wäre. Sie sind mehr als mein Leben, diese Stimmen, sie sind mehr als Mütterlichkeit und Angst, sie sind das Stärkste und Schützendste, was es überhaupt gibt: es sind die Stimmen meiner Kameraden.

Ich bin nicht mehr ein zitterndes Stück Dasein allein im Dunkel — ich gehöre zu ihnen und sie zu mir, wir haben alle die gleiche Angst und das gleiche Leben, wir sind verbunden auf eine einfache schwere Art. Ich möchte mein Gesicht in sie hineindrücken, in diese Stimmen, diese paar Worte, die mich gerettet haben und die mir beistehen werden.

Die Gesundheitsschädigungen im Tiefdruckgewerbe. ☞

Unter dem Titel: „Das Tiefdruckverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen bei seiner Verwendung“ ist der Bericht der Verhandlungen des Technischen Ausschusses der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene im Druck erschienen. Wir empfehlen den Betriebsräten des Tiefdruckgewerbes, sich unter ausdrücklicher Berufung auf den Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe, die Druckschrift für den Preis von 2,40 Mk. und 10 Pf. Porto unter Voreinsendung von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49, kommen zu lassen. Ohne ausdrückliche Berufung auf unserem Verband kostet die Schrift 4.— Mark.

Ortsberichte.

Wanfried. Am 22. März konnte der Vorsitzende unserer Mitgliedschaft, Kollege Justus Roth, die 70. Wiederkehr seines Geburtstages feiern. Seit Bestehen unserer Mitgliedschaft Vorsitzender, hat Kollege Roth stets zum Wohle des Verbandes wie zum Besten der Kollegenschaft gewirkt. Die Kollegen der Mitgliedschaft wünschen ihm zu seinem 70. Geburtstag, daß er noch lange mit seinen Lieben gesund bleiben und sein Amt in der gleichen Weise wie bisher ausüben möge. Diesem Glückwunsche schließen sich der Verbandsvorstand und die Schriftleitung des Verbandsorgans von Herzen an. Möge es dem Kollegen Roth vergönnt sein, noch manches Jahr in froher Gesundheit im Berufe zu schaffen und für unsern Verband zu wirken!

Görlitz. Aus dem Gedanken heraus, zwischen den Nachbarmitgliedschaften und Görlitz den Kontakt aufrecht zu erhalten, rief die Mitgliedschaft Görlitz am 24. Februar 1929 die Kollegen von Bautzen, Zittau, Hirschberg, Ebersbach i. S., Lauban und Reichenberg i. Böhm. zu einem Vortrag, der von einem Kollegen einer der Nachbarmitgliedschaften gehalten wurde, zusammen. Die am selbigen Sonntag, vormittags 9 Uhr stattfindende Monatsversammlung wurde von fast allen Mitgliedschaften besucht, nur Reichenbach i. B. und Hirschberg konnten eine Delegation nicht senden. In Anbetracht der Wichtigkeit des Vortrages, der den „Tiefdruck“ behandelte, wurde die übrige Tagesordnung erst nach dem Vortrag erledigt. Mit lebhaftem Interesse verfolgte die Kollegen die einfache und leicht verständlich gemachten Ausführungen des Referenten. Der Vortrag währte ungefähr 2 Stunden und schloß sich daran eine kurze Aussprache, die bewies, wie aktuell gerade das Thema „Tiefdruck“ unter den Kollegen ist.

Nachdem über der im Juni dieses Jahres in Zittau stattfindenden Kollegentag diskutiert war, besichtigten die Teilnehmer noch die gerade ausliegende fällige Rundsendung. Danach war es für die auswärtigen Kollegen an der Zeit, wieder an die Heimfahrt zu denken, und nach herzlichen Abschiedsworten fanden sich die Mitglieder von Görlitz wieder zusammen, um die fällige Tagesordnung der Versammlung zu erledigen.

Vom Büchertisch.

Handbuch für Betriebsräte in Staats- und Gemeindebetrieben. Bearbeitet von Rudolf Weck. Verlag Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 36, Schlesische Str. 42. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 2,60 Mk.

Das Handbuch — ein stattlicher Band von 350 Seiten — ist ein neuer Beweis dafür, daß die freien Gewerkschaften bemüht sind, den Betriebsräten an die Hand zu gehen, um das Betriebsrätegesetz ausschöpfen zu können. In dieser Richtung fehlt noch manches, so daß das Handbuch gute Dienste zu leisten vermag. Ist es in seiner Anlage auch darauf zugeschnitten, den Betriebsräten in Staats- und Gemeindebetrieben Helfer zu sein, gibt es auch dem Betriebsrat in jedem anderen Betriebe soviel Anregung, Aufklärung und Hinweise, das es nur bestens zur Anschaffung empfohlen werden kann.

„Sozialistische Arbeiterjugend“, Ziele und Aufgaben. Von Erich Ollenhauer. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz. Kart. 40 Pf.

Die kleine Schrift wird in der jetzt bevorstehenden Werbearbeit für die Sozialistische Arbeiterjugend unter den Schulentlassenen ausgezeichnete Dienste leisten. Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend, Erich Ollenhauer, behandelt in dieser Schrift in einfachen fesselnden Ausführungen Ziele und Aufgaben der sozialistischen Arbeiterjugend. Seine Darlegungen gewähren einen guten Einblick in das vielgestaltige Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugendgruppen, so daß sie jeden jugendlichen Leser anregen werden, diese Bewegung aus eigener Anschauung kennen zu lernen und an ihrem Leben selbst Anteil zu nehmen.

Steuervereinheitlichungsgesetz und Finanzausgleich. Von Wilhelm Keil. Heft 8: „Kommunale Praxis“. Verlag J. H. W. Dietz Nachfgr., Berlin SW 68, Lindenstr. 5. Preis 30 Pf.

Die Schrift enthält einen Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil auf einer Konferenz der Steuerfachmänner der Sozialdemokratischen Partei im Januar 1929 gehalten hat. Dem Zweck dieser Konferenz entsprechend, enthält der Vortrag nicht nur Darlegungen über die Entstehungsgeschichte, den Zweck und den Inhalt des sehr umfangreichen Steuervereinheitlichungsgesetzes, sondern gibt darüber hinaus auch eine ins einzelne gehende kritische Darstellung der Haltung der Sozialdemokratie dazu. In dem Vortrag sind außerdem Darlegungen über die Bedeutung und den Inhalt des Finanzausgleichs sowie über die Neuregelung des Etats für 1929 enthalten. Den Schluß des Vortrages bilden zehn Schlußfolgerungen, die als die Mindestforderungen der Sozialdemokratie bei diesem großen Gesetzgebungswerk angesehen werden können.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

Auch die März-Nummer dieser lesenswerten Zeitschrift bringt, wie immer, eine Anzahl interessante Abhandlungen und zwar: Dr. Charlotte Zechocke, „Kinder und Mütter in der ärztlichen Sprechstunde“; Dr. Rink, „Aus der Rumpelkammer des Bewußtseins“; Dr. Manasse, „Einfluß von Allgemeinerkrankungen auf die Zähne und gewerbliche Schädigungen derselben“; Dr. med. G. H. Schneider, „Über Ergänzungsmittel“; Sanitätsrat Dr. Grätzer, „Schuppen“; Dr. Martha Bode, „Die Frau in der deutschen Sozialpolitik“ u. a. m.

Die Zeitschrift wird an die Schättern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

Die Internationale Gewerkschaftsbewegung. Heft 2. Verlag Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam, Tesselshadestr. 31. Preis jährlich 2,50 Mk.

Das Februarheft enthält das Ergebnis der Erhebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Arbeitszeit in der ersten Oktoberwoche 1928. Von den 28 dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen haben 17 die ausgegebenen Fragen beantwortet. Ist das Ergebnis also nicht vollständig, ist es doch immerhin sehr bedeutungsvoll und steht zu erwarten, daß weitere Umfragen noch bessere Ergebnisse erbringen. Die reich mit Statistiken ausgestattete Verarbeitung der Umfrage gibt einen guten Einblick in die Arbeitszeit der verschiedenen Länder, so daß das Heft eine Fundgrube für den interessierten Gewerkschafter ist.

Den Toten zum Gedächtnis!

1929.

† Am 16. Januar in Eßlingen **Ludwig Oberbach**, Steindrucker aus Obereßlingen, 73 J. alt, an Gehirnschlag, Invalide seit 12. Mai 1928. — Eingetr. in Eßlingen am 12. April 1886.

† Am 24. Januar in Nürnberg **Konrad Wunder**, Steindrucker aus Streitberg, 72 J. alt, an Herzschwäche, krank 3 J. — Eingetr. in Nürnberg am 15. Juni 1919.

† Am 24. Januar in Nürnberg **Eduard Boesch**, Lithograph aus Nürnberg, 80 J. alt, an Leberleiden, Invalide seit 3. April 1921. — Eingetr. in Nürnberg am 1. Januar 1893.

† Am 27. Januar in Barmen **Hans Owenier**, Steindrucker aus Barmen, 19 J. alt, an Darmleiden, krank 1 W. — Eingetr. in Barmen am 9. Dezember 1928 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 11. Januar 1925).

† Am 28. Januar in Bautzen **Kurt Oplitz**, Lithograph aus Bautzen, 37 J. alt, an Herzleiden, krank 1 1/2 Jahre. — Eingetr. in Bautzen am 17. April 1910 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 8. März 1908).

† Am 29. Januar in Kassel **Georg Heinemann**, Steindrucker aus Sandershausen b. Kassel, 61 J. alt, an Rheumatismus, krank 3 J. und 9 M. — Eingetr. in Kassel am 20. Juli 1919.

† Am 31. Januar in Dresden **Bernhard Menke**, Steindrucker aus Hannover, 53 J. alt, an Grippe und Herzleiden, krank 2 W. — Eingetr. in Hannover am 21. April 1894.

† Am 31. Januar in München **Max Hommel**, Steindrucker aus München, 53 J. alt, an Lungenleiden, krank 33 W. — Eingetr. in München am 18. Februar 1893.

† Am 1. Februar in Barmen **Gustav Neumann**, Steindrucker aus Zittau i. Sa., 71 J. alt, an Lungenentzündung, krank 1 W. und 5 T. — Eingetreten in Barmen am 1. Juni 1891.

† Am 2. Februar in Berlin **Otto Gördel**, Chemigraph aus Berlin, 44 J. alt, an Lungenleiden, krank 9 W. — Eingetr. in Berlin am 2. November 1919.

† Am 4. Februar in Weimar **Emil Günther**, Steindrucker aus Weimar, 83 J. alt, an Grippe und Altersschwäche, krank 1 W. und 3 T. — Eingetr. in Weimar am 1. Januar 1893.

† Am 4. Februar in Leipzig **Bruno Flemming**, Zeichner aus Delitzsch b. Leipzig, 60 J. alt, an Bronchialasthma, krank 16 W. und 3 T. — Eingetr. in Leipzig am 2. Mai 1920.

† Am 4. Februar in Leipzig **Gustav Kohl**, Chemigraph aus Wahren, 73 J. alt, plötzlich an Herzschwäche. — Eingetr. in Leipzig am 10. November 1918.

† Am 10. Februar in Frankfurt a. d. O. **Wilhelm Berttelmann**, Steindrucker aus Nieder-Halbendorf Krs. Lauban, 77 J. alt, an Arterienverkalkung und Herzschwäche, krank 6 W. — Eingetr. in Frankfurt a. d. O. am 12. Januar 1919.

† Am 15. Februar in Aschaffenburg a. M. **Julius Oertel**, Steindrucker aus Breslau, 59 J. alt, an Kopfgrille, krank 1 W. — Eingetr. in Breslau am 1. Januar 1894.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets **sofort** Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

Offsetdrucker

für Zweifarben-„Planeta“, welcher in Qualitätsarbeiten nachweislich langjährige Praxis hat, bei gutem Lohn gesucht.

Angehobene mit Zeugnisabschriften, Lebensalter und Lohnansprüchen erleben an

Willy F. P. Fehling, Papierverarbeitungswerk Hannover.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

la Auswaschtinktur Zinkätzsälz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Fernspr. Mor. 12 289



Tadellose Tonschneidemaschine

für Xylographen
billig zu verkaufen.
Hermann Entenmann, Stuttgart,
Kanzleistraße 11.

In neuer Bearbeitung und Ausstattung erschien soeben das bekannte Buch
LUISE OTTO



VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN

IM RAT GIBT ES KEINE ANDERE WEISE ALS SOFORTIGES NACHHILFEN
DIE ES WERDEN WOLLEN

103. bis 110. Tausend. Erweitert und mit Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.